

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

– Drucksache 20/1845 –

Realisierungsvorschlag zur Errichtung eines Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“

A. Problem

In die bestehende Gedenkstättenlandschaft soll in Berlin ein Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ eingefügt werden. Das Projekt basiert auf einem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 9. Oktober 2020. Demnach soll das neue Zentrum die Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft in Europa während des Zweiten Weltkriegs dokumentieren, Wissen über die historischen Ereignisse vermitteln und Raum für Gedenken an die Opfer bieten. Die Federführung für das Dokumentationszentrum liegt beim Deutschen Historischen Museum (DHM). Das DHM wurde im Januar 2021 beauftragt, einen Realisierungsvorschlag zu erarbeiten. In der von der Bundesregierung vorgelegten Unterrichtung wird dieser Vorschlag skizziert. Außerdem nimmt die Bundesregierung zu dem Konzept Stellung und erklärt, das Dokumentationszentrum füge sich in die bestehende Gedenkstättenlandschaft ein und ergänze diese sinnvoll.

B. Lösung

Annahme einer Entschließung, in der der Realisierungsvorschlag begrüßt und dessen zügige Umsetzung gefordert wird. Die zu errichtende Bundesstiftung „Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ soll zunächst unter dem Dach des DHM angesiedelt und anschließend in die Selbstständigkeit überführt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei der Umsetzung des Realisierungsvorschlags diverse Punkte sicherzustellen. So soll das Leid der Opfer umfassend dokumentiert werden, sollen Erinnerung und Gedenken angemessenen Raum erhalten und sollen bisher weniger beachtete Opfergruppen berücksichtigt werden. Darüber hinaus soll die jüdische Perspektive einbezogen werden, sollen neue didaktische Wege eingeschlagen und soll auf die bestehende Gedenk- und Erinnerungslandschaft verwiesen werden. Weitere Anforderungen kommen hinzu. Das Dokumentationszentrum soll seinen Platz im

Zentrum Berlins finden, bereits in der Aufbauphase von einem Kuratorium begleitet werden und die notwendigen Personal- und Sachmittel erhalten. Die Bundesregierung soll diese Aufgaben im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erfüllen.

In der Entschließung wird darauf verwiesen, dass in den meisten besetzten Ländern mehr Menschen Opfer dieser Besatzungsherrschaft geworden sind als Soldaten im Krieg gegen das Deutsche Reich getötet wurden. Mit einer gesamteuropäischen Perspektive für das Zentrum sollen vielfältige Möglichkeiten zum europäischen Dialog geschaffen und nicht zuletzt Wissenslücken in der eigenen Bevölkerung geschlossen werden.

Kenntnisnahme und Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht im Detail erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 20/1845 folgende EntschlieÙung anzunehmen:

„I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Kriege bedeuten für die Zivilbevölkerung Leid und Entbehrung. Das Ende der Kampfhandlungen bringt nicht zwangsläufig Frieden und Sicherheit zurück. Siegt der Aggressor beginnt für die Bevölkerung weiteres Leid durch die Besatzungsherrschaft.

Die Besatzungsherrschaft des nationalsozialistischen Deutschen Reichs brachte zwischen 1939 und 1945 Tod, Leid, Entrechtung und Zerstörung über die Bevölkerungen weiter Teile Europas. Zum Zeitpunkt der größten Machtausdehnung des nationalsozialistischen Regimes in der zweiten Jahreshälfte 1942 lebten insgesamt 230 Millionen Menschen unter der deutschen Besatzung. Von den etwa 40 Millionen Menschen, die dem Zweiten Weltkrieg in Europa zum Opfer fielen, waren mehr als die Hälfte zivile Opfer. Zu den zentralen Gewalterfahrungen unter deutscher Besatzung gehörten Mord und Genozid, sexualisierte Gewalt, medizinische Experimente an Menschen, Zwangsarbeit, Raub und Plünderung, Zerstörung von Wohnstätten, Kulturgütern und Infrastruktur, Lagerhaft und Hunger, Ausbürgerung und die damit verbundene Staatenlosigkeit.

Die NS-Rassenideologie führte zu unterschiedlichen individuellen und kollektiven Leiderfahrungen in verschiedenen Teilen des besetzten Kontinents, gerade zwischen Nord- und Westeuropa einerseits und Ost- und Südosteuropa andererseits. Aber auch innerhalb der besetzten Gesellschaften gab es Unterschiede. Alltäglicher Erniedrigung und Bedrohung waren die Zivilbevölkerungen in ihrer Gesamtheit ausgesetzt, auch die Menschen, die nicht direkt Opfer eines Verbrechens wurden. Gewalt bis hin zu Mord betraf insbesondere bestimmte Opfergruppen, vor allem Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, sowjetische Kriegsgefangene, Zeugen Jehovas, Opfer von „Euthanasie“-Verbrechen und Zwangssterilisation, als sog. Asoziale und sog. Berufsverbrecher Diffamierte oder die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität Verfolgten. Zur besonderen Würdigung dieser Opfergruppen gibt es in Deutschland viele Gedenkstätten und Erinnerungsorte. Das neu zu schaffende Dokumentationszentrum soll dazu auch den Fokus auf bisher weniger beachtete Opfergruppen und das große Leid der Zivilbevölkerung in ganz Europa richten.

Es liegt in der fortdauernden und ungebrochenen historischen Verantwortung Deutschlands, den Zweiten Weltkrieg und die deutsche Besatzungsherrschaft über weite Teile des Kontinents umfassend aufzuarbeiten und dauerhaft würdevoll an die Opfer zu erinnern.

Mit Beschluss vom 9. Oktober 2020 (Drucksache 19/23126) beauftragte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung mit den Planungen zu einem neuen Zentrum in Berlin, das die Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft in Europa während des Zweiten Weltkriegs dokumentieren, Wissen über die historischen Ereignisse vermitteln und dem Gedenken an die Opfer Raum geben soll. Das Deutsche Historische Museum legte am 22. Dezember 2021 einen Realisierungsvorschlag vor, der nach Befassung durch die Bundesregierung am 10. Mai 2022 dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorgelegt wurde. Auf dieser Grundlage führte der

Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages im November 2022 eine öffentliche Anhörung mit Sachverständigen durch.

Die wissenschaftliche Erforschung der deutschen Besatzungsherrschaft während des Zweiten Weltkriegs ist, trotz bestehender Forschungslücken, fortgeschritten. Innerhalb der Bevölkerung, gerade in Deutschland, gibt es jedoch vielfach Unkenntnis hinsichtlich der Besatzung der europäischen Nachbarländer durch das nationalsozialistische Deutschland und der langanhaltenden Folgen für diese Länder und ihre Bevölkerungen.

Während in Deutschland in der kollektiven Erinnerung der „Krieg“ im Vordergrund steht, bleibt in vielen europäischen Ländern vorrangig die Besatzung im kollektiven Gedächtnis. In der deutlichen Mehrzahl der Länder sind mehr Menschen Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft geworden als Soldaten im Krieg gegen das Deutsche Reich fielen.

Mit der Errichtung des Dokumentationszentrums Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa (ZWBE) soll im Zentrum Berlins ein Ort geschaffen werden, der den Krieg, die nationalsozialistische Besatzungsherrschaft und die bis heute nachwirkenden Erfahrungen in den besetzten Länder umfassend und thematisch gliedert mit Ausstellungen und einer Sammlung dokumentiert, die historische Wissensvermittlung in die Breite der Bevölkerung vorantreibt, Wissenslücken durch Forschung schließt und angemessenen Raum für das Gedenken an die Opfer bietet.

Dabei soll eine gesamteuropäische Perspektive eingenommen werden, die Vermittlungs- und Bildungsarbeit, Wissenschaft, Opfervertretungen und zivilgesellschaftliche Initiativen aus dem Ausland eng und dauerhaft einbindet und damit vielfältige Möglichkeiten zum europäischen Dialog schafft. Dazu gehören der kontinuierliche Austausch und die intensive wissenschaftliche Kooperation mit nationalen, europäischen und internationalen Forschungseinrichtungen, Archiven, Museen und Gedenkstätten sowie ein Fellowship-Programm, das gezielt Forschende aus dem Ausland mit Stipendien nach Berlin bringt, Outreach-Programme sowie das Forum Europäische Erinnerung unter konsequenter Berücksichtigung von Mehrsprachigkeit.

Für die besonders sensible Aufbauphase des Dokumentationszentrums braucht es Stabilität und Verlässlichkeit durch Planungs- und Rechtssicherheit. Dazu soll die zu errichtende Bundesstiftung „Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ zunächst unter dem Dach der Stiftung Deutsches Historisches Museum angesiedelt und anschließend in die Selbständigkeit überführt werden.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

1. den vom Deutschen Historischen Museum erarbeiteten und von der Bundesregierung vorgelegten Realisierungsvorschlag für das Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ (ZWBE);
2. die in der Erarbeitungsphase geleistete Einbindung von Opfervertretungen, zivilgesellschaftlichen Initiativen, der internationalen Fachwissenschaft und von Gedenkstätten im In- und Ausland sowie die in Aussicht gestellte kontinuierliche Fortführung des begonnenen Austausches;
3. die europäische Dimension des Konzepts, welche durch Vermittlungsarbeit, Outreach-Programme und Forschung über nationale Grenzen hinweg Dialogmöglichkeiten zwischen Opfervertretungen, Wissenschaft und der europäischen Zivilgesellschaft schafft.

- III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. den Realisierungsvorschlag des DHM unter Berücksichtigung der öffentlichen Anhörung des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages vom 28. November 2022 umfassend und zügig umzusetzen;
 2. bei der Umsetzung des Realisierungsvorschlages insbesondere sicherzustellen, dass
 - a. die Erfahrungen und das Leid der Opfer der grausamen NS-Besatzungspolitik umfassend dokumentiert werden;
 - b. den Opfern und ihren Nachkommen ein Ort und angemessenen Raum für Erinnerung und Gedenken gegeben wird;
 - c. regionalen und nationalen Unterschieden in den Herrschafts- und Besatzungsstrukturen ausreichend Rechnung getragen wird;
 - d. bislang weniger beachtete Opfergruppen, auch unter Frauen und Kindern explizit betrachtet und von systematisch ausgeübter sexualisierter Gewalt betroffene Opfer angemessen berücksichtigt werden;
 - e. bei der Darstellung der Besatzungsherrschaft die jüdische Perspektive einbezogen wird;
 - f. die Unterstützung wesentlicher Teile der damaligen deutschen Gesellschaft für die Kriegsziele und das wirtschaftliche Profitieren an der Ausbeutung der besetzten Gebiete, die Rolle von Wehrmacht, Reichsministerien und deutschen Wirtschaftsorganisationen beleuchtet und dabei der Widerstand gegen die deutsche Besatzungsherrschaft als auch Angebote und Zwang zu deren Unterstützung einbezogen werden;
 - g. der Wissensvermittlung, auch mit neuen didaktischen Wegen, große Aufmerksamkeit geschenkt wird und das lokal verortete Dokumentationszentrum durch nicht ortsgebundene Vermittlungsmöglichkeiten wie Wanderausstellungen und Bildungsprogramme für Gedenkstätten, Schulen, Berufs-, Hoch- und Volkshochschulen sowie weitere Bildungsträger ergänzt wird;
 - h. die enge Kooperation mit und aussagekräftige Verweise auf die bestehenden Gedenk-, Erinnerungs- und Informationsorte zum Nationalsozialismus zu Teilen der Dokumentation und Bildungsarbeit werden und Doppelstrukturen verhindert werden;
 3. als Träger die unselbstständige Bundesstiftung „Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ durch Bundesgesetz unter dem Dach der Stiftung Deutsches Historisches Museum bis zur Überführung in die Selbstständigkeit zu errichten. Bereits in der Konzeptionierungs- und Errichtungsphase soll für die unselbstständige Bundesstiftung ein begleitendes Kuratorium eingerichtet werden, um bei der späteren Überführung in die Selbstständigkeit Kontinuität zu gewährleisten;
 4. ein geeignetes Grundstück im Zentrum Berlins zu finden und für die Errichtung zur Verfügung zu stellen;
 5. die unselbstständige Stiftung „Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ finanziell und personell so auszustatten, dass dies die Errichtung des Dokumentationszentrums ermöglicht und es dauerhaft zur Erarbeitung und Durchführung einer ständigen

Ausstellung sowie von Wechselausstellungen, von Bildung- und Vermittlungsarbeit sowie von Forschungs- und Sammlungstätigkeit befähigt. Hierbei ist bei der finanziellen Ausstattung insbesondere darauf zu achten,

- a. dass die für die Umsetzung notwendigen Sach- und Personalmittel rechtzeitig bereitgestellt werden;
- b. bereits während der Umsetzungsphase ein internationales Fellowship-Programm zu hinterlegen, das die internationale Perspektive bei der Konzeption des ZWBE stärkt.“

Berlin, den 18. Oktober 2023

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde
Vorsitzende

Marianne Schieder
Berichterstatterin

Annette Widmann-Mauz
Berichterstatterin

Erhard Grundl
Berichterstatter

Thomas Hacker
Berichterstatter

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Jan Korte
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Marianne Schieder, Annette Widmann-Mauz, Erhard Grundl, Thomas Hacker, Dr. Marc Jongen und Jan Korte

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung auf **Drucksache 20/1845** in seiner 44. Sitzung am 23. Juni 2022 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat und den Rechtsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In der Unterrichtung wird der Realisierungsvorschlag für ein Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ vorgestellt. Die Bundesregierung hatte in der 19. Wahlperiode das Deutsche Historische Museum (DHM) damit beauftragt, eine derartige Konzeption zu erarbeiten.

In dem Bericht wird die Vorgehensweise des DHM beschrieben, auf eine Stabsstelle verwiesen und die Mitarbeit von herausragend besetzten Expertengruppen herausgehoben. Nachzulesen ist unter anderem, dass das Dokumentationszentrum eine ständige Ausstellung zeigen soll, die durch Wechselausstellungen ergänzt wird. Für die ständige Ausstellung sei dabei eine besondere Perspektive geplant: Sie solle erstmals das besetzte Europa in seiner ganzen geografischen Breite und historischen Unterschiedlichkeit erfassen. Das ideologisch motivierte Handeln der deutschen Besatzer werde der Gewalterfahrung und den Reaktionen der Besetzten gegenübergestellt. Das Dokumentationszentrum werde sich mit einem mehrsprachigen Publikationsangebot online und im Printformat an eine internationale Öffentlichkeit wenden.

Weitere Themen der Unterrichtung sind unter anderem ein museumspädagogisches Programm, Forschungsaufgaben und die Notwendigkeit, für das Dokumentationszentrum eine eigene Sammlung aufzubauen.

Als Organisationsform wird eine unselbstständige Stiftung öffentlichen Rechts unter dem Dach der Stiftung DHM empfohlen. Für das Raumprogramm wird mit 15.000 Quadratmetern Nutzfläche kalkuliert.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** empfahl in seiner 55. Sitzung am 18. Oktober 2023 Kenntnisnahme der Unterrichtung.

Der **Rechtsausschuss** empfahl in seiner 70. Sitzung am 18. Oktober 2023 Kenntnisnahme und die Annahme einer von den Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP eingebrachten Entschließung (Ausschussdrucksache 20(22)102) mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Kultur und Medien schloss seine Beratungen in seiner 45. Sitzung am 18. Oktober 2023 ab.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl Kenntnisnahme und die Annahme einer von den Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP eingebrachten Entschließung (Ausschussdrucksache 20(22)102 neu) mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE.

Vorausgegangen war eine öffentliche Anhörung zu der Unterrichtung. Diese Anhörung hatte der Ausschuss in seiner 19. Sitzung am 9. November 2022 beschlossen. Die Anhörung fand in der 20. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 28. November 2022 statt. Als Sachverständige wurden gehört:

Prof. Dr. Martin Aust, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Dr. Michael Borchard, Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Raphael Gross, Stiftung Deutsches Historisches Museum

Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt, Touro University, Campus Berlin

Dr. Stefan Scheil, Historiker und Publizist

PD Dr. Winfried Süß, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Prof. Dr. Tatjana Tönsmeier Bergische Universität Wuppertal

Zur Anhörung reichten die Sachverständigen schriftliche Stellungnahmen ein (Ausschussdrucksachen 20(22)62 bis 20(22)66). Die Ergebnisse der Anhörung ergeben sich aus dem Protokoll. Ein Mitschnitt der Veranstaltung, die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen und das Protokoll sind über die Internetseite des Ausschusses öffentlich zugänglich.

In die abschließende Beratung bezog der Ausschuss erneut den Präsidenten der Stiftung DHM Prof. Dr. Raphael Gross ein. Die Fraktionen diskutierten in öffentlicher Sitzung und formulierten ihre Erwartungen an das Projekt. Die Sitzung wurde live durch das Parlamentsfernsehen übertragen und ist dauerhaft in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufbar.

Berlin, den 18. Oktober 2023

Marianne Schieder
Berichterstatlerin

Annette Widmann-Mauz
Berichterstatlerin

Erhard Grundl
Berichterstatter

Thomas Hacker
Berichterstatter

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Jan Korte
Berichterstatter